



12. Februar 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Franke: Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen**
- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
- **Franke: Flächendeckende medizinische Versorgung dauerhaft sichern**
- **#mobilwandel2035: Kommunale Verkehrswende**
- **Telefon- und Videosprechstunden der Abgeordneten**

Franke: Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen

Der Deutsche Bundestag hat über ein neues Gesetz debattiert, welches die rechtliche Grundlage für nötige Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung festlegt. Künftig soll der Bundestag alle drei Monate neu darüber entscheiden, ob die Maßnahmen verlängert werden dürfen.

„Heute debattieren wir über ein Gesetz, das für mehr rechtliche Verlässlichkeit sorgt. Es erlaubt den Regierungen in Bund und Ländern, weiterhin die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“, erläuterte Franke.

Verlässlichkeit sei auch bedeutsam, wenn es darum geht, wer wann geimpft wird. Es müsse für Bürger nachvollziehbar sein, warum Teile der Bevölkerung früher oder später geimpft werden.

Franke betonte: „Für Sozialdemokraten gilt: Gelebte Solidarität ist das wirksamste Mittel gegen die Pandemie. Wir müssen Kinder, Lehrer und Erzieher früher impfen, wenn wir die Kitas und Schulen wieder öffnen wollen“.

Franke wies abschließend auf die Rolle des Parlaments hin. Das Gesetz sei kein Blankoscheck, weder für den Bundesgesundheitsminister noch für die Bundesregierung: „Der Bundestag hat das letzte Wort, denn ohne einen Bundestagsbeschluss laufen alle Regelungen automatisch nach 3 Monaten aus. Alle wichtigen Entscheidungen müssen in einer Demokratie vom Parlament getroffen werden“.



Diese Woche im Deutschen Bundestag

Überbrückungshilfe III: Viele Friseure, Soloselbstständige, der Einzelhandel aber auch mittelständische Unternehmen stehen in dieser Krise unter finanziellen Druck.

Ab sofort können die versprochenen Hilfen auf einem Portal des Wirtschafts- und Finanzministeriums beantragt werden. Die Details, wie zum Beispiel einen Musterkatalog für die Kosten, die erstattet werden, finden sich auf der Website des Finanzministeriums. Außerdem gibt es eine Hotline des Ministeriums, um weitere Fragen zur Beantragung zu klären:

Hotline für prüfende Dritte: +49 30 530 199 322

Hotline für Direktanträge Soloselbstständige November- und Dezemberhilfe: +49 30 12002 1034

Endlich: Die **Überbrückungshilfe III** startet.

Für Friseur*innen.
Für Soloselbstständige.
Für den Einzelhandel.

SPD
Fraktion im
Bundestag



Push für den Ausbau von Ladesäulen

Elektromobilität ist ein Meilenstein für einen klimafreundlichen Verkehr. Unser Ziel ist, dass bis 2030 in Deutschland sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge unterwegs sind. Dafür brauchen wir eine Ladesäuleninfrastruktur, die flächendeckend und unkompliziert erreichbar ist. Das diese Woche beschlossene Gebäude-

Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz, kurz GEIG, ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

In Zukunft wird die Ladeinfrastruktur an Wohn- und Nichtwohngebäuden verpflichtend vorgeschrieben. Wenn neue Wohnanlagen mehr als fünf Parkplätze haben, muss jeder Stellplatz mit Strom versorgt werden. Für Quartiere konnten wir pragmatische Lösungen erreichen. Bei Nichtwohngebäuden, zum Beispiel Supermarkt-Parkplätzen, muss ab sechs Stellplätzen jeder dritte Stellplatz mit einer Ladesäule ausgestattet sein. Das heißt: Auch die Privatwirtschaft muss in den Ausbau der Leitungs- und Ladeinfrastruktur für Elektromobilität investieren. Für kleine und mittlere Unternehmen haben wir Ausnahmen vorgesehen, wenn die Fläche von ihnen selbst genutzt wird oder wenn die Kosten für die Lade- und Leitungsinfrastruktur sieben Prozent der Gesamtkosten einer größeren Renovierung überschreiten.

Elektronisches Verfahren der Anmeldung in Hotels

Sicherlich kennen Sie alle den Meldeschein, den man handschriftlich ausfüllen muss, wenn man in einem Hotel oder einer anderen Beherbergungsstätte übernachten möchte. Die Daten dieses Meldescheins erhalten die lokalen Behörden, damit z.B. im Fall eines Strafverfolgungsverfahrens die Polizei Einsicht nehmen und Reisende identifizieren kann. In Zukunft wollen wir das Verfahren für alle Seiten vereinfachen, indem diese Anmeldung beispielsweise auch elektronisch über eine App erfolgen kann. Dank einer sogenannten „Experimentierklausel“ können Hotels verschiedene Möglichkeiten ausprobieren, ihren Meldepflichten ordnungsgemäß und effizient nachzukommen. Das Sicherheitsniveau elektronischer Verfahren wird das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) prüfen und gewährleisten.

Diese Woche in erster Lesung:

Reform des Bundespolizeigesetzes: Das Gesetz wird seit 1994 erstmals wieder überarbeitet. Kern dieses Gesetzentwurfs sind neue Befugnisse für die Bundespolizei bei der Strafverfolgung und bei der Telekommunikationsüberwachung z.B. von verschlüsselten Chats.

Sozialschutzpaket III: Angesichts der anhaltenden pandemiebedingten Belastungen wollen wir unter anderem den vereinfachten Zugang zu den Grundsicherungssystemen bis zum Ende des Jahres verlängern und Grundsicherungsempfänger mit einem einmaligen Zuschuss von 150 Euro unterstützen.

Steuerliche Hilfsmaßnahmen: Auch dieses Jahr wollen wir einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro je Kind auszahlen. Außerdem werden wir den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Speisen in der Gastronomie bis zum 31. Dezember 2022 verlängern.

Wir stärken den **Sozialstaat** – weil es in der Krise auf **Solidarität** ankommt.

Neu:

- 150 Euro Corona-Zuschlag, Laptops für Schüler:innen und kostenfreie FFP2-Masken für Menschen in Grundsicherung
- 150 Euro Kinderbonus (anrechnungsfrei)

Verlängert bis 2021:

- vereinfachter Zugang zur Grundsicherung
- vereinfachte Vermögensprüfung bei Kinderzuschlag
- kein Mindesteinkommen für Künstlersozialkasse
- Hilfen für Soziale Dienste & Einrichtungen

SPD
Fraktion im
Bundestag

Franke: Flächendeckende medizinische Versorgung dauerhaft sichern

Der Deutsche Bundestag beriet über mehrere Anträge zur Gesundheitsversorgung. Edgar Franke ging dabei auf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ein und verwies auf die vielen Verbesserungen in den letzten Jahren.



Gute medizinische Versorgung vor Ort sei ein wichtiges Stück Lebensqualität. Deshalb werde ein dichtes Netz aus Kliniken, niedergelassenen Ärzten und Gesundheitsämtern benötigt, welches jedoch gerade in ländlichen Gegenden häufig nicht eng genug sei.

Franke: „Damit ist eine gute Gesundheitsversorgung nicht mehr überall selbstverständlich. Wir Sozialdemokraten haben uns deshalb in den letzten Jahren für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung eingesetzt und bereits Vieles verbessert!“.

Franke nannte in diesem Zusammenhang die Bundesförderung für bedarfsnotwendige Kliniken, die bis zu 800.000 Euro zusätzlich pro Jahr erhalten. Außerdem gebe es seit diesem Jahr den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Gesundheitsämter erhalten 4 Milliarden Euro vom Bund, um 5.000 neue Mitarbeiter einzustellen. Durch diese und weitere Verbesserungen habe man die Kliniken und Gesundheitsämter gestärkt.

Abschließend ging Franke auf die Medizinischen Versorgungszentren ein. „Die MVZs haben sich gerade im ländlichen Raum bewährt. Vor gut zwei Jahren habe ich das erste kommunal geführte MVZ in Hessen eingeweiht. Und zwar in Schwarzenborn. Ohne das Zentrum wäre kein Arzt mehr dort hingegangen. Jetzt ist die Versorgung dort gesichert. Gerade wir Sozialdemokraten haben uns für MVZs eingesetzt!“, so Franke.

#mobilwandel2035: Kommunale Verkehrswende

2020 hat das Bundesumweltministerium den Zukunftswettbewerb #mobilwandel2035 gestartet, um Impulse für einen nachhaltigen Verkehr zu geben.

Für die Erstellung der Wettbewerbsidee stehen bis zu 150.000 Euro für zehn Monate zur Verfügung. Später ist in ausgewählten Projekten die Förderung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung des Zielbildes geplant.

Die Gesamtfördersumme für alle Projekte beläuft sich auf 5,25 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren. Aus rund 140 eingereichten Beiträgen hat die Fachjury zehn Projekte aus ganz Deutschland ausgewählt.

Zu den Gewinnern einer Förderung in Höhe von 150.000 Euro gehört das Projekt „Reallabor Nordhessen“ der Universität Kassel und der Stadt Trendelburg.

In diesem Projekt kooperiert die Uni Kassel mit der Stadt Trendelburg, dem Nordhessischen Verkehrsverbund und dem Zweckverband Region Kassel. Ziel ist es, Alternativen zur Abhängigkeit vom eigenen Auto auf dem Land zu finden. Das vorhandene Angebot mit Bus und Bahn soll weiterentwickelt und an Mobilitäts-Stationen mit der Nutzung von Elektrofahrrädern, Leih-Autos oder fahrplanlosen flexiblen aus-Angeboten vernetzt werden. „Der flächendeckende Stundentakt („Jedes Dorf – jede Stunde“) von NVV und Landkreis Kassel war der erste Schritt. Jetzt kommt die weitere nachhaltige Verknüpfung mit neuen Mobilitätsformen. Damit Mobilität nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land überall vorhanden ist. Die SPD im Landkreis Kassel hat bereits in der Vergangenheit erheblich in das Angebot von Bus und Bahn investiert und wir freuen uns sehr, dass Projekte aus Nordhessen mit ihren kreativen Ideen zur Verkehrswende überzeugt haben“, so die Bundestagsabgeordneten für Waldeck und Kassel, Esther Dilcher und Timon Gremmels.



150.000 Euro für Trendelburg und Uni Kassel

Bundesumweltministerium zeichnet heimische Gewinner im Zukunftswettbewerb #mobilwandel2035 aus.



Zu den Gewinnern des Wettbewerbs gehört auch der Schwalm-Eder-Kreis mit kreativen Lösungen für den Pendlerverkehr im ländlichen Raum.



Der Bundestagsabgeordnete Dr. Edgar Franke (SPD) teilt dazu mit: "Ich freue mich, dass wir mit dem Projekt gewonnen haben und für die Förderung ausgesucht wurden".

In einer ersten Förderphase sollen dafür Ziele entwickelt werden, die Visionen für eine nachhaltige Mobilität im Jahr 2035 zeichnen. Im Fokus stehen wichtige Herausforderungen, wie der Pendler- oder Wirtschaftsverkehr sowie die Frage, wie Mobilität auch im ländlichen Raum umweltfreundlich gestaltet werden kann.

Mit dem Mobilitätsunternehmen EcoLibro GmbH ist der Schwalm-Eder-Kreis dabei.

Gestartet wurde mit einem Car-Sharing-Projekt. Mitarbeiter von Kreisverwaltung, Stadt Homberg, Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft und der Kreissparkasse teilen sich ihre Dienstwagen. Der Nutzerkreis wird ausgeweitet, neue Stationen geschaffen und mobiles Arbeiten auch im Home-Office erleichtert.

Telefon- und Videosprechstunden der Abgeordneten



www.facebook.com/SPDSchwalmEder

**UNSERE
ZUKUNFT**



**SOZIAL.
SICHER.
NACHHALTIG.**

PERSÖNLICH KÖNNEN WIR
UNS LEIDER GERADE NICHT
AUSTAUSCHEN.
WIR SIND ABER AUCH IN
DIESEN ZEITEN IM
VIDEOCHAT **SICHTBAR.**



18. Februar 2020, 18:00 Uhr:
Dr. Edgar Franke

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.
Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben.
Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Screenshot aus Rede www.bundestag.de, Seite 3
Sharepics der SPD-Bundestagsfraktion und Bild von [Markus](#)

[Distelrath](#) auf [Pixabay](#), Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5
Screenshot aus Rede www.bundestag.de, Seite 6 Sharepic Esther Dilcher, Seite 7
Sharepic Edgar Franke, Seite 8 Sharepic Esther Dilcher, Seite 9 Sharepic SPD Schwalm-
Eder.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.